



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 8. Dezember 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1141
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

80. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 7. Dezember 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss nahm den Bericht des Innenministeriums über den **Polizeieinsatz am Rande des letzten Castortransports** entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

Seine abschließende Beratung zum Gesetzentwurf zur **Neuregelung des Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1267](#), und zur **Petition L 141-17/1149, Besoldung, Versorgung; Sonderzuwendung**, [Umdruck 17/3044](#) (intern), verschob der Ausschuss nach einer kurzen Beratung erneut auf eine zusätzliche Sitzung während der Mittagspause des Landtages am Donnerstag, dem 15. Dezember 2011, 13:30 Uhr.

Er schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Konsolidierung kommunaler Haushalte (Kommunalhaushaltkonsolidierungsgesetz)**, [Drucksache 17/1868](#), ab. Der von den Fraktionen der CDU und FDP vorgelegte Änderungsantrag, [Umdruck 17/3260](#), wurde mit den Stimmen der Regierungsfraktionen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen angenommen. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfahl der Ausschuss anschließend dem Landtag vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Finanzausschusses, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Konsolidierung kommunaler Haushalte (Kommunalhaushaltkonsolidierungsgesetz), [Drucksache 17/1868](#), in der geänderten Fassung anzunehmen.

Des Weiteren empfahl er mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE dem Landtag, den Gesetzentwurf zur **Änderung des Landespressegesetzes**, [Drucksache 17/1756](#), anzunehmen.

Außerdem empfahl er mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW dem Landtag, den Gesetzentwurf zum **Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, [Drucksache 17/1336](#), anzunehmen. Die Entscheidung über die im Antrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 17/3121](#), enthaltene dazugehörige Resolution vertagte er auf seine nächste Sitzung.

Die Beratung über den Gesetzentwurf zum **Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung (Informationszugangsgesetz)**, [Drucksache 17/1610](#), vertagte der Ausschuss, nachdem die Landesregierung ihren Gesetzentwurf zur **Änderung des Umweltinformationsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/171](#), zurückgezogen hatte, ebenfalls auf seine nächste Sitzung.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/1956](#)

- **Schnelle Kompensation von Standortschließungen in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - [Drucksache 17/1940](#)

Von der Bundeswehrreform betroffene Beschäftigte und Standorte aktiv unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/1973](#)

Konsequenzen aus der Bundeswehrstrukturreform

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/1974](#)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW - [Drucksache 17/2013](#)

Konversion von Bundeswehrstandorten als Entwicklungschance für Kommunen

Antrag der Fraktion DIE LINKE - [Drucksache 17/1978](#)

Schluss: 17:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder